

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

284 (5.12.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-546810](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-546810)

Republik

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat für Abnehmer von der Expedition (Petersstraße 76) 1.95 Reichsmark, bei Haus und durch die Post bezogen für den Monat 2.30 Reichsmark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland.

Hauptexpedition: Petersstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 5. Dezember 1927 * Nr. 284

Redaktion: Petersstraße Nr. 76
Fernsprecher Nr. 58

Die Tagungen in Genf.

Abfahrt der Abrüstungskonferenzler. - Ankunft der Völkerbundratsmitglieder.

(Genf, 4. Dezember.) Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz fand am Sonntagabend mit dem Beschluß der Beratungen des Sicherheitskomitees ihr Ende. Dieses Komitee beschloß, am 20. Februar 1928 wieder zusammenzutreten. Dann soll versucht werden, durch die Prüfung und den Vergleich der bestehenden Schiedsgerichtsverträge zur Aufstellung eines Völkerbundes für einen allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichtshof zu gelangen. Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz soll am 15. März wieder zusammenkommen. Für das Ende des Jahres plant man dann die Hauptkonferenz.

(Genf, 5. Dezember. Radiodienst.) Die Außenminister Briand und Chamberlain kamen gestern morgen zur 4. Tagung des Völkerbundesrates in Genf an. Gegen Mittag traf auch Reichsaußenminister Stresemann ein. Die Außenminister hatten im Laufe des Sonntags schon verschiedene wichtige Besprechungen. Während Stresemann und Briand die Sanjestratten Litwinow und Lunatschski empfingen, weilerte sich Chamberlain, so daß die Russen vor seiner Tür wieder umkehren mußten.

Der stellvertretende Außenminister Litwinow, hat heute früh in Genf dem englischen Außenminister Chamberlain die Bitte übermitteln, am Nachmittage empfangen zu werden. Chamberlain hat sich daraufhin bereit erklärt, Litwinow heute nachmittag zu einer Unterredung zu empfangen.

Wahlen in Schwerein.

(Schwerein, 5. Dezember. Radiodienst.) Die hier gestern durchgeführten Stadtverordnetenwahlen brachten einen Gewinn von zwei Mandaten für die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten erhielten 8940 (bei der letzten Wahl 6828), Bürgerliche Einheitsliste 11 056 (9745), Demokraten 1140 (2898), Mieter

2175 (), Katholische 1326 (1398) und Kommunisten 304 (649). Die Mandate des Stadtverordnetenkollegiums verteilen sich in Zukunft wie folgt: Sozialdemokraten 18 (bisher 16), Bürgerliche Einheitsvereine 23 (22), Demokraten 2 (5), Mieter 4 (8), Katholische 2 (3), Kommunisten 0 (1). Außerdem wurde ein Angestelltenvertreter gewählt.

Neue Methode zur Bekämpfung der Krebskrankheit.



Prof. Dr. Kreyer, ein Berliner Chirurg, eracht bei der Bekämpfung der Krebsgeschwülste des Halses durch Elektrolyse. Das frische Gewebe wird nicht weggeschritten, sondern durch elektrische Durchwärmung zerstört. Das neue Verfahren eignet sich besonders für komplizierte Fälle, denen weder mit Messer noch Bestrahlung beizukommen war.

Der neue Reichsetat.

Von Paul Herz

„In wie gutem Zustande muß ich meinem Nachfolger die Finanzen überlassen haben, wenn die nach zehn Monaten Reichsregierung mit deren neuer Arbeit nicht ruiniert sind?“ Diese Frage des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reichard ist in der Tat berechtigt. Bei seinem Amtsantritt hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Stand und die Aussichten der Reichsfinanzen denkbar ungünstig geschildert. In den letzten Wochen dagegen hat er außerordentlich optimistische Auffassungen vertreten. Der Reichsetat für 1928 sei gesund und gebe zu keinerlei Befürchtungen Veranlassung. Die Gefahr eines Defizitstats liegt demnach nicht vor, trotzdem die Ausgaben von Jahr zu Jahr getrieben sind und auch im Jahre 1928 höher sein werden als 1927.

In diesen Äußerungen liegt ein wertvolles Zugeständnis. Zuerst haben die kapitalistischen Kreise die Auffassung vertreten, daß die deutsche Wirtschaft nicht imstande sein werde, die steigenden öffentlichen Lasten aufzubringen. Das Gleichgewicht des Reichshaushalts sei nur durch einen zwangsweisen allgemeinen Abbau der Ausgaben möglich, denn auf die Dauer seien die hohen Steuerlasten nicht tragbar. Sogar die Ergebnisse des laufenden Etatjahres als auch der Voranschlag für 1928 beweisen das Gegenteil. Die deutsche Wirtschaft ist leistungsfähig. Das gestattet, daß die öffentlichen Körperlichkeiten diejenigen Steuerlasten erheben, die zur Bekämpfung aller staatspolitischen Ausgaben erforderlich sind. Es ermöglicht ferner, daß für kulturelle und soziale Zwecke so ausreichend gelöst werden kann, daß die Notlage großer Volksschichten beseitigt wird. Entscheidend für die Beurteilung des Etats ist deshalb nicht mehr die Frage, ob das Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen aufrecht erhalten wird, sondern seine soziale Gestaltung. Immer mehr gewinnt also die Frage an Bedeutung: Aus welchen Quellen stammen die Einnahmen des Reiches und welchen Zwecken dienen seine Ausgaben?

Bevor wir uns aber zu der Beantwortung dieser Frage wenden, sei mit einigen Worten auf das Gesamtbild des Etats hingewiesen. Er weist Ausgaben von 9502 Millionen Mark auf gegen 9135 Millionen im Jahre 1927. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt also 367 Millionen. Innerhalb des Etats aber sind größere Verschönerungen eingetreten. Der ordentliche Haushalt hat sich von 8659 Millionen im Jahre 1927 erhöht auf 9366 Millionen im Jahre 1928. Dagegen ist der außerordentliche Haushalt von 476 Millionen auf 146 Millionen gesunken. Das beruht zum Teil darauf, daß Ausgaben, die bisher auf den außerordentlichen Etat übernommen worden waren, in den ordentlichen Etat überführt wurden und außerdem die außerordentlichen Ausgaben vermindert wurden. Die Steigerung der Ausgaben im ordentlichen Etat beträgt etwa 700 Millionen, auf Reparationszahlungen entfallen davon 400 Millionen. Zielt man von den Gesamtausgaben die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden mit 3218 Millionen ab, so verbleiben 6138 Millionen als eigentlicher Ausgabebedarf des Reiches, gegenüber 5766 Millionen im Jahre 1927. Sie entfallen auf folgende große Gruppen: fortdauernde Ausgaben des Reiches 4248 Millionen, einmalige Ausgaben 453 Millionen, innere Kriegskosten 210 Millionen, äußere Kriegskosten (Reparationszahlungen) 1227 Millionen. Von den Einnahmen entfallen 8692 Millionen auf Steuern, Zölle und Abgaben, und zwar erwartet man 6060 Millionen aus Besitz- und Verkehrssteuern (eingeschlossen Lohnsteuer und Umsatzsteuer) und 2632 Millionen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben. Aus anderen Quellen werden noch 900 Millionen geliefert, die zum Teil aus dem Ueberfluß des Jahres 1927 herrühren, aber auch aus Münzgewinnen, erhöhten Ablieferungen der Post und der Reichsbahn stammen.

Die Steigerung der Ausgaben bleibt allerdings hinter den zwangsläufigen Mehrausgaben für Reparationen und Beamtenbezahlung (etwa 700 Millionen) zurück. Aber das ist nicht die Folge einer allgemeinen Sparmaßnahmepolitik, wie sie die Reichsregierung verpöndet hat, sondern das Ergebnis der automatischen Verringerung der sozialen Lasten des Reiches durch die Erwerbslosenversicherung und die Besserung der Konjunktur. Für die unterstützende Erwerbslosenversicherung haben im Etat 1928 rund 100 Millionen gegenüber 450 Millionen im Jahre 1927. Die produktive Erwerbslosenversicherung vermindert sich von 130 auf 25 Millionen. Beide Vöhen allein ergeben eine Ersparnis von 455 Millionen. Der Fortfall dieser Ausgaben hat die Reichsregierung in den Stand gesetzt, die Ausgaben für militärische Zwecke unangestraft zu lassen. Obwohl die Höhe der Ausgaben für Heer und Marine im vergangenen Jahre heftig kritisiert wurde, weist der Militäretat noch eine Steigerung von 4 1/2 Millionen auf und erreicht eine Gesamthöhe von 645 Millionen Mark! Schon diese kurzen Auszüge zeigen, daß der Etat keinen

Was wird aus der Befoldungsvorlage?

Besprechungen der Regierungsparteien. - Erledigung noch vor Weihnachten.

(Berlin, 5. Dezember. Radiodienst.) Im Verlauf des gestrigen Sonntags fanden zwischen den Regierungsparteien Besprechungen statt, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die im Lager des Bürgerblocks über die Berücksichtigung der Befoldungsvorlage bestehen. Das Befoldungsgezet soll unter allen Umständen vor Weihnachten noch verabschiedet werden. Nach der Darstellung eines Berliner Morgenblattes ist eine Berücksichtigung auf folgender Grundlage erfolgt: 1. Der Plan des Zentrums, die Erhöhungen vorläufig nur zu 75 Prozent auszuwählen, ist fallengelassen worden. Die erhöhten Gehälter sollen in voller Höhe sofort nach Verabschiedung der Vorlage ausgeschüttet werden. 2. Die Forderungen der Deutschen Nationalen und der Volkspartei für eine gütliche Einkünfte der Pensionäre sind noch nicht aufgegeben, aber ihre Durchführung durch die Regierungsparteien ist unbestimmt, da nach ihrer Auffassung die erforderlichen Mittel nicht vorhanden seien.

3. Streitig sind noch die Sonderzulagen für die Beamten des Reichsgebietes. Das Zentrum lehnt sich unter den Regierungsparteien für eine Bevorzugung der Invalidentrentner ein, wobei jedoch fraglich ist, ob der Reichsfinanzminister die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Am heutigen Montag vormittag sollen unter den Bürgerblockparteien weitere Verhandlungen stattfinden.

Freiwilliger Tod eines Politikers.

Aus Magdeburg wurde gestern berichtet: Der frühere Magdeburger Polizeipräsident und spätere Redakteur der „Illustrierten Reichsbannerzeitung“ Guha Kähler hat sich am Sonnabend morgen um 9 Uhr in seiner Wohnung erschossen. Die Ursache dieses Selbstmordes ist unbekannt. Sie ist zweifellos rein privater Natur. Kähler, der aus dem Buchdruckerberuf

stammte und vor dem Kriege längere Zeit Arbeitersekretär war, wurde 1910 zum Polizeipräsidenten von Magdeburg ernannt. Fünf Jahre später wurde er das Opfer einer deutschen Nationalkommunistischen Hebe. Krüger betätigte sich dann im Reichsbanner.

Der neue Vorsitzende des Zentrums.



Geheimrat Theodor von Gueraud, bisher stellvertretender Reichsminister, ist, wie schon bemerkt, zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag gewählt worden. v. Gueraud ist 64 Jahre alt, lebt seit 1886 im Staatsdienst, wirkt als Oberregierungsrat in der Regierung der Rheinprovinz und gehört seit 1920 dem Reichstag an.

Herr Stalin lebt sieben Stunden.

(Moskau, 4. Dezember. Radiodienst.) Auf dem Parteitag der kommunistischen Partei Rußlands in Moskau hielt Stalin ein Referat, das sieben Stunden dauerte. Ausdrücklich bekräftigte er sich darin u. a. mit den Vertretern der Opposition, die — wie er mitteilte — beabsichtigte, auf dem Parteitag eine Erklärung abzugeben, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitages unterwerfen und ihre Fraktion auflösen, aber ihre Anschauungen innerhalb der Partei weiter vertreten wollten. Stalin erklärte, davor werde nichts. Wenn die Opposition weiter in der Partei verbleiben wollte, müsse sie sowohl ideologisch wie organisatorisch völlig abräumen und vor der gesamten Partei ihre Fehler offen und ehrlich einsehen. Wenn sie das nicht tue, habe sie sich eine andere Partei zu suchen.

Die Cholera in Indien.

Die Cholera-Epidemie in Bengalen greift weiterhin um sich. Nach Feststellung des englischen Gesundheitsamtes in Kalkutta sind jede Woche etwa 6000 neue Cholerafälle zu verzeichnen. Die tatsächliche Zahl der Opfer der Seuche wird jedoch weit höher geschätzt, da viele Eingeborene die Erkrankungen den Veldern zu verheimlichen suchen.

Sitauen stellt die Mobilisierung in Ubrede.



Der litauische Staatspräsident Smetona ließ nach der Breville seines Ministerpräsidenten nach Genf bekanntgeben, daß die litauische Regierung weder eine teilweise, noch eine vollständige, weder eine offene, noch eine verdeckte Mobilisierung vorgenommen hat, die Folgen zu Gegenmaßnahmen Anlaß geben könnte.

Sozialen Fortschritt bringt. Die sozialen Ausgaben werden künftig seinen größeren, sondern einen geringeren Anteil an den Gesamteinnahmen ausmachen. Auch die Beschaffung der Einnahmen ist nicht sozialer geworden. Die Steuern werden noch immer zum allergrößten Teil aus einer drückenden Belastung der Arbeitseinkommen und des notwendigen Verbrauchs aufgebracht, während sich bei der Besteuerung des Reichtums kaum irgendwelche Fortschritte zeigen, sogar große Rückschritte geplant sind. Da das Jahr 1927 allen Gruppen der Bevölkerung eine wesentliche Besserung ihrer Lage gebracht hat, während die Reallohnformen der Massen des Volkes sich nicht erhöht haben, so wirkt das aufrecht.

Der neue Etat bestätigt, was die bisherige Politik des Reichsbundes wahrscheinlich gemacht hat: keine Erfüllung der zahlreichen Versprechungen, die Kleinrentnern, Sozialrentnern, Kriegs- und Invalidenangehörigen gemacht wurden. Jahrelang ist ihnen wirksame Hilfe für den Augenblick versprochen worden, wo durch eine Festsetzung der Wirtschaftslage die Mittel leichter beschafft werden können. Jetzt ist dieser Augenblick gekommen, aber die Versprechungen bleiben unerfüllt.

Die Beratung des Etats bringt deshalb heftige politische Kämpfe. Die Sozialdemokratie wird sie führen mit dem festen Willen, den Massen des Volkes ein wirksamer Anwalt im Kampf um ihre Lebensinteressen zu sein.

Aus dem Reichstag.

(Eigenbericht aus Berlin.) Sonnabend-Ausgang der Wirtschaftskomitee. Von 13 Uhr an wurden die Redner kleinerer Fraktionen vor einem Tages- und Nachttag unter um etwas Aufmerksamkeit ab. Der langweiligsten einer, der Abg. Kauch von der Bayerischen Volkspartei, sagt Vorträge über die Not der Landwirtschaft, der er durch Vorschläge helfen will. Der linke Kommunist Urdahn, der gesund und fröhlich aussieht wie ein holländischer blonder Marihuanaer, betet zur Verteidigung der Wirtschaft und der Kampf die Rechtskommunisten, die nur schlechte Sozialdemokraten seien. Seine Phantasie schwelgt im Klassenkampf, Bewaffnung, Bürgerkrieg und Aufruhr. Dabei ist er persönlich geduldig und höflich. Als ihn Urdahn in einer der blühenden Parteien der Rede freundlich lächelnd an den Ablauf der Redezeit erinnert, greift der Sozialdemokrat keineswegs zur Waffe, sondern bittet hart und innig, zum Verständnis gemaht, ihm doch noch ein paar Minuten bewaffneten Aufstand theoretisch vorzutragen zu lassen.

Dann predigt der lederne Graf zu Reventlow, Marke Nationalsozialismus, noch ein paar Abgeordnete aus dem Saal hinaus, und nach ihm spricht sein västlicher Konkurrent, der Rechtsanwalt Schröder aus Bismarck, zu einer unglücklichen Gemeinde. Witzigere reden zwei Deutsche nationale in den Saal, als einer ihrer Kennzeichner Bachmann spricht. Immerhin ist es ein Vokal, diesen Reimen beifolgende Landwirt zu hören, wenn man noch die Sprache seines Fraktionsgenossen Dr. Kademader gegen die Arbeiter in den Ohren hat.

Inzwischen haben die Nachmittagszüge und mit ihnen viele Abgeordnete Berlin verlassen. Wohl an 200 Reichstagsabgeordnete sind aber dennoch wieder ins Haus gekommen, um die Sitzung zu hören. Die Wirtschaftskomitee haben alle Nationen gegen ritterliche Beamtensprache, die sich niemandem im Hause besitzten wird. Hieserling geht dem Bürgerlich mit Tadeln aus der Wirtschaft und aus der Finanzwelt. Daneben führt er den Nachweis, daß die Deutschnationalen, die sich jetzt hinter Schacht verziehen, Arm in Arm mit dem Kronprinz Karier Silber in der Gegenwart eine Politik für die deutsche Wirtschaft betreiben. Sie erfüllen mehr als notwendig wäre. Hieserling tief in den Saal: Die Wahlverfälschungen werden schamlos werden, wenn wir ihnen die Wahrheit über die deutschen nationalen Mitmenschen sagen. — Ueber den sozialdemokratischen Wirtschaftsantrag wird am Dienstag abgehandelt werden. Er wird dem Bürgerlich nicht sitzen, aber er wird der Regierung doch wieder ein Stück ihrer angemessenen Autorität entreißen.

Preussischer Landtag.

(Eigenbericht aus Berlin.) Der preussische Landtag nahm am Sonnabend eine Reihe von Anträgen der verschiedenen Ausschüsse meistens ohne Debatte an. Die Deutschnationalen, die am Freitag ihre Opposition auch auf den Gegenstand über die Verantwortlichkeit des Disziplinärverfahrens gegen ritterliche Beamtensprache, verurteilten am Sonnabend darauf. So konnte der Gegenstand in dritter Lesung gegen die Rechtsparteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und des Zentrums endgültig verabschiedet werden. Die erwartete große Debatte über die große Anfrage der Deutschnationalen wegen der Neuordnung des ritterlichen Beamtensprache, verurteilten blieb aus, da die Deutschnationalen selbst die Ablehnung verlangten, weil inzwischen noch Interpellationen anderer Fraktionen eingelaufen sind. Die Ausprache darüber soll am kommenden Montag erfolgen. So folgte dann die Beratung eines demokratischen Antrag. Er bezieht sich mit der Neuordnung des ritterlichen Beamtensprache aus dem Ministerium, verurteilten die Staatsregierung, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß Eritanen die Remissionen einhält. Alle Fraktionen sprachen sich für den Antrag aus.

In der kommenden Woche wird der Landtag bis Mittwoch zusammenbleiben, um eine ganze Reihe von Anträgen zu beraten. Auf die Tagesordnung vom Dienstag soll der Gesetzesantrag der Regierungsparteien, der an Stelle der endgültig gefassten neuen Landgemeindeordnung nur einige Bestimmungen, wie die Aufhebung der Gutsbezirke, Wahl der Landbürgermeister und die Erklärung des rheinischen Gemeindevorstandes um Gemeindevorstand enthält, gesetzt werden. Die neue preussische Gemeindeordnung wird voraussichtlich am Montag, dem 12. Dezember, beraten werden. Am 14. Dezember soll dann der neue preussische Etat eingebracht werden.

Der Stahlhelmführer Selbke hielt gestern in Magdeburg eine Rede, in der er u. a. sagte: Deutschland hat keine Führer mehr. Von den Parteien erschaffe er keine Hilfe. Darum sei er selbst aus der Partei, die er mitgegründet habe (Deutsche Volkspartei), ausgetreten. Hilfe könne allein die Führerpersönlichkeit bringen, darum werde der Stahlhelm aus die Wahlvorschlüge unterstützen, auf denen ein solches Stelle Stahlhelmsuchen seien. Er im Zusammenhang mit dem Parteiverbandsführer ausgewählt hat.

Dem Kellner des Eisenbahnrestaurants Selbke vom Stahlhelm aus Magdeburg folgend, hat jetzt auch der zweite Bundesführer des Stahlhelms, der ehemalige Oberleutnant Franz Selbke, seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt, da er deren Politik nicht mehr befürworten kann.

In einer Versammlung des Stahlhelm-Bundes der Frontsoldaten teilte der Gründer und Vorsitzende des Stahlhelms, Franz Selbke, mit, daß er aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten sei und zugleich auch aus anderen Organisationen ausgeschieden sei. Er begründet diesen Schritt damit, daß er als Führer des Stahlhelms sein will.

Der sächsische Streik beigelegt. Im Saargebiet geht die Bewegung weiter.

Aus Dresden wird berichtet: Der Dresdener Eisenbahnerstreik ist nach dem Eingreifen der Hauptverwaltung durch die neuen Verhandlungen in Dresden, an denen auch Vertreter der Leitung des Einzellohnrat teilnahmen, am Sonnabend nachmittags beigelegt worden. Die Hauptverwaltung hatte eingesehen, daß die Situation der Dresdener Reichsbahn-Direktion nicht hoffnungsvoll geworden war. Im Wert der Dresden-Eisenbahn hätten sich 84 Arbeiter gemeldet, und zwar in der Hauptsache betriebsfremde Leute. Damit konnte das Wert, das sonst über 130 Mann beschäftigt, nicht in Gang gebracht werden. Die Reichsbahnverwaltung hat daher kurzen Prozeß gemacht.

Das Ergebnis der Verhandlungen trägt beiden Teilen gebührend Rechnung. Der Streik in den Dresdener Dienststellen wird umgehend wieder aufgenommen. Die Sabotageakte nicht, wie ursprünglich in der Presse behauptet wurde, vorgekommen sind, konnte von disziplinären Maßnahmen abgesehen werden. Die beiden angelegten Arbeiter werden eingekerkert. Reichsbahn und Generalrat werden im beiderseitigen Einverständnis alle noch nicht erledigten Fragen, wie Nationalisierung des Werksstättenbetriebe, ordnungsgemäße Durchführung der Gebirgsarbeit u. a. regeln.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der Eisenbahnerkonflikt im Saargebiet, an dem rund 6000 Personen beteiligt sind, dürfte längere Zeit dauern, da die Regierung jede Kompromisse ablehnt. Große Schwierigkeiten machen sich bereits im Güterverkehr bemerkbar. Der Landesrat des Saargebietes hat sich inzwischen als Vermittler angeboten, ohne aber bisher ein Ergebnis zu erzielen. Die gesamte Öffentlichkeit redet auf Seiten der streikenden Eisenbahner.

Aus der Tabalarbeiterbewegung. In einer stark beladenen Versammlung nahmen die Leipziger Tabalarbeiter am Sonnabend Stellung zu den Vereinbarungen, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium getroffen wurden. Das Ergebnis der Verhandlungen, daß die Tabalarbeiter ohne die Vorkommen der Arbeit wieder aufnehmen sollten, löste in der Versammlung starken Unwillen aus. Von 375 Abstimmungsberechtigten stimmten 342 für Weiterverharren im Streik und 31 für Aufnahme der Arbeit.

Aussperrungsgelüste in der Eisenindustrie!

Die gesamte deutsche Erzbergbauindustrie hat mit Rücksicht auf die von den Gewerkschaften bei den Verhandlungen in der westdeutschen Eisenindustrie aufgestellten Forderungen zur Arbeitszeit- und Lohnfrage bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstilllegungsanzeige zum 1. Januar 1928 eingereicht. Bis morgen morgen auf diese Angelegenheit näher zurück. (Berlin, 5. Dezember. Radio.) Heutige Mittagsblätter in der Reichshauptstadt melden zu der Wärd der Eisenindustrie, zum Jahreswechsel die gesamte deutsche Schwerindustrie stillzuliegen, daß noch in dieser Woche der Reichsarbeitsminister die Stilllegungsgespräche mit den Gewerkschaften letzterlei Prüfungnahme festzusetzen.

Was die Demokraten gegen u. Reubell. (Berlin, 5. Dezember. Radio.) Der Parteiausschuss der deutschen Demokratischen Partei, der gestern in Berlin tagte, beauftragte eine Kommission mit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichs- und Landesparlamente in den kommenden Wahlen. Außerdem legte die Parteiausschuss für die beabsichtigte Durchführung einer Parteireform ein und nahm einen Antrag an, der die Abschaffung der Reichs- und Landesparlamente bezweckt. In einem Referat über die politische Lage befragte der Parteiausschuss auch das Verhalten des Reichsinnenministers von Reubell gegen den preussischen Kulturminister Dr. Wedder als ein „Spiegel der Unpolitikfähigkeit“.

Sermann Silberstein gestorben. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Magdeburg-Anhalt, Hermann Silberstein, ist am Sonnabend im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben. — Silberstein hatte zu Beginn der vergangenen Woche einen schweren Schlaganfall erlitten, dem am Freitag Abend ein schwerer Anfall folgte. Daraus ist er nicht mehr erwacht. Mit Silberstein geht ein alter Führer der Bauarbeiterbewegung dahin, der sich in der Nachkriegszeit große Verdienste um die Förderung des Wohnungsbauwesens erworben hatte. Seit 1918 war Silberstein Mitglied im Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes. In den letzten Jahren gehörte er sowohl dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes als auch dem des DGB an. Mitglied des Reichstages kam der Nationalversammlung war Silberstein seit 1912. In Berlin-Anhalt befehligte er seit 1910 das Amt eines Stadtratsvorsitzenden. — Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verließen in Silberstein einen anerkannten Mitarbeiter, dessen Verdienste bis alle Zeit in Ehren halten werden.

Der Nachfolger Silbersteins für Magdeburg-Anhalt ist der preussische Landtagsabgeordnete Stollberg aus Burg. Sollte Stollberg kein Landtagsmandat nicht mit dem des Reichstages verlustig, so würde als Nachfolger Silbersteins der nächste Kandidat der sozialdemokratischen Liste, Wilhelm Diekmann aus Calbe, in den Reichstag einziehen.

Es klappt die Wählscheibe. (Eigenbericht aus Berlin.) Am Freitag fand in Berlin die diesjährige Generalversammlung der Deutschen Bundesämter statt, die nötig im Zeichen einer Einheitsfront zwischen Müller und Landwirtenschaft stand. In seinem Vortrag leitete der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Handelsmüller, Kattl, für die Beibehaltung der überlieferten Reichsliste ein und forderte von der Regierung, daß der im deutsch-französischen Handelsvertrag festgelegte Reichsliste durch die kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Canada usw.

unter keinen Umständen ermöglicht wird. Für die Landwirtschaft betonte Dr. Schindler, Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates, daß die Landwirtschaft das gleiche Interesse wie die Müllererei an den Reichslisten habe und prägte das Wort von der Verbundenheit zwischen Landwirt, Müller und Verbraucher gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Wie viele Verbundenheit beschaffen ist, geht aus folgendem hervor: Die Landwirte haben mit Hilfe von handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung die Getreidepreise in die Höhe getrieben, wodurch natürlich die Gewinnspanne der Müller gedrückt worden ist. Sie müssen für das Getreide heute bei weitem mehr bezahlen als früher. Die Müller haben einen Ausgleich durch Erhöhung der Reichsliste. Dafür brauchen sie einen überlieferten Reichsliste. Es ist also ausgesprochene Interessentenmischerlei, die von den Agrariern und den Müllern getrieben wird. Der Selbsttragende dabei ist der Verbraucher. Er kann sich gegen den Wucher nur wehren, indem er bei der nächsten Wahl dafür sorgt, daß mit der Unterstützung der Reichsliste in der Regierung einseitig Schluß gemacht wird.

Ein neuer Wert der deutschen Opernliteratur.



Prof. Emil Nikolaus von Rejzneck, der Komponist der „Donna Diana“, des „Johannes Schlemihl“, „Ritter Blauhaar“ und „Solomon“ tritt mit einer neuen wertvollen Oper „Saturnia“ hervor. Die Uraufführung bildet eine musikalische Genialität von Leipzig, aber auch von ganz Deutschland. Rejzneck wurde als Sohn eines jüdischen Kaufmanns 1861 in Wien geboren, war viele Jahre Opernkapellmeister und ist Professor an der Musikhochschule in Berlin.

Selber Kaffee als Lebenskraft.

Aus Demmin (Vormern) wird gemeldet: Das dreißigjährige Ledertuch des Arbeiters Dieter aus Demmin leidet an einer Lunge, welche aufgeföhren Kaffee getrunken und ist Krankenpflege starb.

Zugzusammenstoß in Gochin.

Der Personenzug Glaucha—Gera überfuhr am Sonnabend im Nebel das Eisenbahnübergang des Bahnhofs Meerane und rief die beiden Lokomotiven in den Bahnhöfen. Die beiden Lokomotiven wurden fast vollständig zerstört. Die Personenzüge trugen leichte Beschädigungen davon. Der Zugverkehr konnte einseitig aufrechterhalten werden.

Die Mordtaten der Ungarn-Koten.

Die Ermittlungen, die die Berliner Kriminalpolizei in Wien angestellt hat, haben zu einer nahezu völligen Klärung über die Art und den Umfang der internationalen Mordtaten ungarischer Fortkrieger geführt. In den Geldbüchern des Bankiers Blumenstein in Wien fand große Vorkäte der gefälligen Wertpapiere gefunden worden. Blumenstein hat mindestens für 25 Millionen Francs gefällige Wertpapiere in den Handel gebracht. Seine Helferleiter und die Art ihres Vorkäfers sind der Polizei nunmehr reiflich bekannt. Allerdings gibt es noch Unklarheiten, wer von ihnen im guten Glauben gehandelt und wer gewußt hat, daß es sich um ein Verbrechen handelt.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich das neue Großwetter bereits empfindlich bemerkbar gemacht. In der vergangenen Woche ist die Arbeitslosigkeit in Berlin um rund 18 000 Personen gestiegen; sie stellt jetzt einen Stand von 167 221 an.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat am 2. Dezember den Film „L. P. Kapitan Webbinger“ für das besetzte Gebiet verboten, weil Teile in dem Filmstreifen geeignet seien, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Der Bürgermeister von Madrid ist wegen heutiger Angriffe gegen den Finanzminister von der Regierung seines Amtes enthoben worden.

Der französische Außenminister teilte am Sonnabend — wie aus Paris gemeldet wird — im Ministerium mit, daß die französische Regierung in den nächsten Tagen mit der föderalischen Regierung einen Freundschafts- und Schiedsvertrag abschließen werde.

Auf der niederländischen Insel Celebes, die zur Gruppe der Sundab-Inseln im Stillen Ozean gehört, wurde gestern ein heftiges Erdbeben verspürt. Am verhängnisvollen Stellen in Insel Kärnten Häuser ein. Bisher werden vierzehn Personen als getötet und fünfzig als verletzt gemeldet.

Die Redner der Stilllegungsgespräche.



Von links nach rechts: Außenminister Beneš (Tschchien), Volkskommissar Litwinow (Rußland), Geminier Courcour (Frankreich), Minister Politis (Griechenland).

